

Betriebsrats- information



JÄNNER 2019

DIAKONIEWERK OBERÖSTERREICH

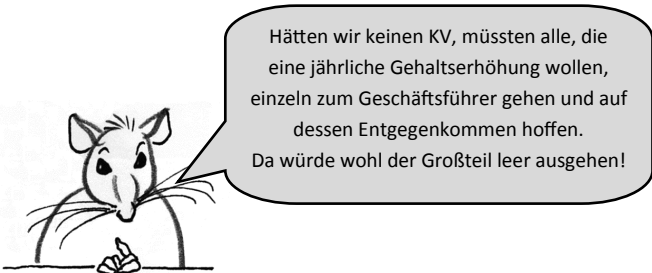
WIR VERHANDELN WIEDER!

Nachdem im Dezember die gegenseitigen Forderungspapiere ausgetauscht wurden, beginnt am Freitag, 18.1., die erste KV-Verhandlungsrunde. Der zweite Termin ist am 28. Jänner.

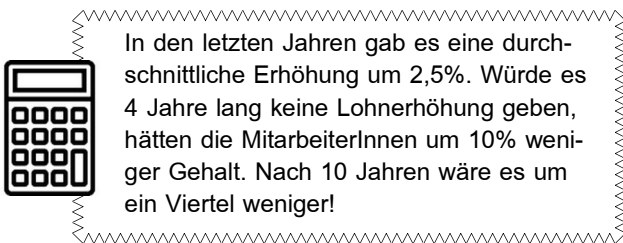
Vom Verhandlungsergebnis hängt ab, um wie viele Prozente unser Gehalt heuer angehoben wird und welche Regelungen in Zukunft gelten.

In Zeiten, wo es im Sozialbereich immer enger und der Druck auf die MitarbeiterInnen durch laufende Kürzungen immer größer wird, ist es von besonderer Bedeutung, ordentliche Abschlüsse und gute Regelungen für die Beschäftigten zu haben!

In Österreich sind 96 % der Arbeitsverhältnisse kollektivvertraglich geregelt. **In Branchen, wo es keinen KV gibt, gibt es weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld. Und auch keine jährliche Gehaltserhöhung!!**



Hätten wir keinen KV, müssten alle, die eine jährliche Gehaltserhöhung wollen, einzeln zum Geschäftsführer gehen und auf dessen Entgegenkommen hoffen. Da würde wohl der Großteil leer ausgehen!



In den letzten Jahren gab es eine durchschnittliche Erhöhung um 2,5%. Würde es 4 Jahre lang keine Lohnerhöhung geben, hätten die MitarbeiterInnen um 10% weniger Gehalt. Nach 10 Jahren wäre es um ein Viertel weniger!

BASIS-WISSEN-KOLLEKTIVVERTRAG:

Ein Kollektivvertrag (KV) ist ein wesentlicher Bestandteil des Arbeitsrechts und wird sozialpartnerschaftlich ausverhandelt - d.h. Interessensvertreter der Arbeitnehmer*- und Arbeitgeberseite einigen sich auf - für ihre Branche wichtige - Regelungen (=Rahmenrecht) und Gehaltstabellen. Letztere sollen bei jeder Verhandlung die Inflation ausgleichen und einen Lohnzuwachs für die MA bringen (=Valorisierung).

* das sind Betriebsräte, die als Gewerkschaftsfunktionäre und mit Unterstützung hauptamtlicher Gewerkschafter die Verhandlungen führen ->

OHNE GEWERKSCHAFT HÄTTE WIR KEINEN KOLLEKTIVVERTRAG!!!

Im Österreichischen Sozialbereich gibt es 3 große Kollektivverträge:

SWÖ (=SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH), vormals BAGS	betrifft über 100 000 Beschäftigte	Hier sind viele Sozialunternehmen erfasst (Volkshilfe, Hilfswerk, Pro Mente,...)
CARITAS	betrifft ca. 15 600 Beschäftigte	
DIAKONIE	betrifft ca. 7 000 Beschäftigte	gilt für das gesamte Diakoniewerk (ausgen. Kliniken) u. alle Diakonie-Arbeitsfelder österreichweit



ACHTUNG: DIESES JAHR KEINE GESETZLICHE LOHNERHÖHUNG!

Was soll das? Das stimmt doch (hoffentlich) nicht!

Richtig: unsere jährliche Gehaltssteigerung (=Valorisierung) **ist nicht gesetzlich** — und war es noch nie. Sie ist das **Ergebnis** der jährlichen KV-Verhandlung zwischen Gewerkschaft und Dienstgebervvertretung und macht über die Jahre unseren Beruf zu einem „gut bezahlten“ oder eben nicht so gut bezahlten (siehe Rechenbeispiel auf Seite 1) .

Dieses Ergebnis ist aber nichts Selbstverständliches, sondern von vielen Faktoren abhängig:

- ⇒ vom **Verhandlungsgeschick** und der Weitsicht der verhandelnden Gewerkschaftsfunktionäre
- ⇒ von der **Gewerkschaft** und ihrer Stärke (also wie viele Mitglieder im Betrieb durch ihren Mitgliedsbeitrag die gewerkschaftliche Arbeit unterstützen)
- ⇒ vom **Rückhalt**, den das Verhandlungsteam in ihren Belegschaften hat
- ⇒ vom **Druck**, der damit auf die Dienstgeber aufgebaut werden kann
- ⇒ also letztlich von der **Haltung** jedes/jeder einzelnen—**also auch von DIR!**

„Mir egal. Ich hab eh reich geheiratet!“

„Ich bin froh, dass ich überhaupt einen Job habe. Irgendwie komm ich da durch.“

„Das brauch ich nicht—ich mach diesen Beruf nur aus Nächstenliebe. Das Geld und die Arbeitsbedingungen sind da nicht wichtig.“

Wer das von sich behaupten kann, erspart sich das Lesen dieser Information, das persönliche Engagement und die solidarische Unterstützung der ArbeitnehmerInnen-Vertretung.

ABER ALLE, DENEN ES EIN ANLIEGEN IST

- ◆ dass Soziale Arbeit im Allgemeinen attraktiv bleibt
- ◆ dass der eigene Einsatz in der Arbeit weiterhin befriedigend erlebt wird
- ◆ dass mit dem verdienten Geld der eigene Lebensunterhalt bestritten werden kann
- ◆ dass mehr als warm-satt-sauber umgesetzt werden kann

SIND GEFORDERT, SICH PERSÖNLICH DAFÜR EINZUSETZEN!!! UND ZWAR MIT 



Deiner **Teilnahme** an einer der **Teilver-sammlungen**, zu der der Betriebsrat kommende Woche einlädt: Dort werden wir über den Stand der KV-Verhandlung und die geplanten weiteren Schritte informieren (siehe auch S. 4)



Dem Mittragen bzw. Mitgestalten der MitarbeiterInnen-Initiative „**Sozial betROFFEN**“ (Näheres dazu auf S.4)



Deinem **Beitritt zur Gewerkschaft**: Mit vielen Mitgliedern im Betrieb hat das Auftreten der Gewerkschaftsfunktionäre bei den Verhandlungen mehr Gewicht.



Deiner Stärkung der gesetzlichen ArbeitnehmerInnen-Vertretung durch die verlässliche **Teilnahme an der AK-Wahl** im März (Info dazu kommt zeitgerecht). Nur eine starke Arbeiterkammer kann dem aktuellen politischen Gegenwind standhalten!



Deiner Bereitschaft, an **Demos** teilzunehmen und - wenn erforderlich - auch einen **Streik** mitzutragen.

KÜRZ-SÜCHTIGKEIT BRAUCHT KORREKTUR

Bedingt durch den **politischen Kurs in Bund und Land** wird Sparen (trotz guter Konjunktur) zur obersten Maxime erklärt—daher wird vor allem bei **Bildung, Sozialem und Kultur gekürzt**.

Die Folgen der damit einhergehenden Mangelfinanzierung werden in der **Behindertenarbeit** immer deutlicher spürbar und erzeugen bei den dort Tätigen teilweise große Unzufriedenheit. In der **Seniorenarbeit** wird schon seit längerer Zeit am Minimum gearbeitet—die unattraktiven Arbeitsbedingungen führen mittlerweile dazu, dass Personal kaum zu finden und schwer zu halten ist.

Vor allem auch deswegen, weil sich das Diakoniewerk schon seit Jahren einige bei anderen Trägern durchaus übliche Zahlungen (wie SEG-Zulage, Nachtdienst-Ausgleichsstunden,...) nicht leisten wollte und mittlerweile auch nicht mehr kann.



Sämtliche Bemühungen des Betriebsrates, die eine oder andere Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erwirken, werden mit dem Verweis auf die schlechte Finanzierung durch das Land zurückgewiesen.

INTERESSENSGEGENSÄTZE

der ArbeitnehmerInnen– und Arbeitgeber-Seite

werden bei den Verhandlungen deutlich:

Die Arbeitnehmer-Interessenvertretung, also Betriebsrat/Gewerkschaft will:

- Möglichst große Blöcke an Arbeitszeit und Freizeit, weil jeder zusätzliche Arbeitsweg eine zeitliche und finanzielle Zusatzbelastung darstellt.
- Abgeltung für geteilte Dienste
- Zeitguthaben für Nachtarbeit
- ganzer Ersatztag bei Feiertagsarbeit
- 6. Urlaubswoche
- 35-Std. Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Zuschlag bei Dienstplan-Änderung

Die Arbeitgeber wollen:

- Eine maximale Flexibilisierung der Dienstzeiten (z.B. durch Verkürzung der Ruhezeiten, kleiner Teile bei geteilten Diensten,...), damit mit möglichst wenig MitarbeiterInnen (=MA) möglichst viel Betreuung abgedeckt werden kann.
- Verlängerung des Durchrechnungszeitraumes, damit phasenweise weniger oder mehr gearbeitet werden kann
- Tätigkeiten, die einer niedrigeren Verwendungsgruppe (=VDG) entsprechen, aber von MA in höherer VDG zum Teil ausgeübt werden, zu definierten Teilen geringer entlohnen



Unser BR-Vorsitzender, **Thomas Lamprecht-Lasinger**, ist Verhandlungsleiter auf der Arbeitnehmerseite.

Weiters verhandeln für uns Berti Weichselbaumer, Klaus Brandhuber und Marion Ellersdorfer (vom ZBR).

Im Verhandlungsteam sind auf beiden Seiten ca. 10 Personen.

Die Verhandlungen erfordern intensive Vorbereitungen und umfangreiches Wissen um rechtliche Zusammenhänge und deren Auswirkungen in der Praxis.

Soziale Arbeit muss wieder mehr wert sein!

Unsere **Arbeit** ist schon **an sich** körperlich und psychisch belastend. Durch die laufenden Kürzungen entstanden/entstehen aber auch noch **zusätzliche Nachteile**:

- ⇒ kaum Vollzeitjobs, Druck zu Teilzeit
- ⇒ befristete Dienstverhältnisse
- ⇒ Bezahlung tlw. unter Ausbildungsniveau
- ⇒ Kurzdienste, geteilte Dienste
- ⇒ zunehmend arbeitsintensivere Nachtarbeit
- ⇒ kurzfristige Übernahme von Diensten
- ⇒ stundenweise Rufbereitschaft
- ⇒ keine ganzen Ersatz-Feiertage im Turnusdienst
- ⇒ Arbeitsverdichtung
- ⇒ zusätzliche Belastung wegen Krisen durch Personalausdünnung



Nachdem das alles offensichtlich nicht abzuwenden ist, fordern wir wenigstens für das, was wir unter diesen Bedingungen leisten, eine angemessene Bezahlung und Verbesserungen im Rahmenrecht!!!

Über den Stand der KV-Verhandlungen informieren wir in der **Woche von 21. bis 25. Jänner** in **TEILVERSAMMLUNGEN**, die an folgenden Orten geplant sind:

- * WS Linzerberg
- * M-B-Schule Gallneukirchen
- * WO Ried/Rm.
- * WS Mauerkirchen
- * HfS Linz
- * HfS Wels

Genauere Information zu Datum und Uhrzeit gibt es per Mail nach dem 1. Verhandlungstag!

Mit eurer zahlreichen Teilnahme gebt ihr unseren Forderungen Nachdruck und unterstützt das Verhandlungsteam!!



Die von der Geschäftsführung kommunizierten Kürzungen sind Faktum.

Alle, die resignieren, weil es "eh nicht zu ändern ist", haben hier die Gelegenheit, DOCH etwas zu bewegen und Entscheidungen, die uns und unsere Arbeit betreffen, nicht passiv hinzunehmen:

EINLADUNG

zum nächsten
OFFENen Treffen unserer MitarbeiterInnen-Initiative

am Mittwoch, 13.2.2019
15-17 Uhr WS Linzerberg

- wir wollen weiterdenken, Ideen sammeln, den ersten konkreten Schritt überlegen, ...
- uns stärken (psychisch und physisch*), freuen und ermutigen
- unsere Ziele abstimmen und das Wesentlichste formulieren

* dazu – wer will – bitte etwas mitbringen (Tee, Kekse, Musik, Zitate, kurze Texte...)

Bitte lade auch weitere Interessierte KollegInnen ein!

Alle, die Interesse haben, aber nicht kommen können, mögen bitte ein Mail an

betriebsrat.gallneukirchen@diakoniewerk.at schreiben, damit sie über die Ergebnisse informiert werden können.

Sozial betr OFFEN
WARM · SATT · SAUBER
IST ZU WENIG

